

Inhaltsverzeichnis

Vereinsnachrichten.....	1
Erste Gespräche zur Westsahara nach sechs Jahren.....	4
MINURSO-Mandat um 6 Monate verlängert.....	4
Flugabkommen Norwegen/Marokko bezieht Westsahara nicht mit ein.....	5
Neues Urteil des EuGH.....	5
Marokkanische Intervention bei Erzbischof in Frankreich.....	5
Deutschland und Westsahara.....	6
Einladung an DARS Parlamentspräsidenten nach Bremen.....	7
„Bremen ist das Mekka des sahrauischen Volkes“.....	7
Neue Klagen in Frankreich.....	9
EUCOCO in Madrid.....	9
Neuerscheinungen.....	10

Vereinsnachrichten

Liebe Leserinnen und Lesern,

wir hoffen, Sie hatten / Ihr hattet einen guten Jahresstart!

Beginnen möchten wir mit einen Rückblick auf die zurückliegenden Aktivitäten unseres Vereins. In den letzten Monaten haben wir uns vor allem bei politischen Entscheidungsträger*innen dafür eingesetzt, die Vorschläge der Kommission zu den Abkommen der EU mit Marokko zurückzuweisen, weil diese nicht mit den Urteilen des EuGH übereinstimmen und das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis fundamental verletzen.

Das Thema Westsahara ist in der EU präsent wie seit Jahrzehnten nicht. Die neuen Abkommen sollen nun zum Ende der Legislaturperiode im Mai im Eiltempo im EU-Parlament durchgeboxt werden, nachdem die Mitgliedstaaten, so auch Deutschland, ihnen im Sommer 2018 zugestimmt hatten (s. auch unsere letzten beiden Newsletter). Nachdem der Handelsausschuss nun dem Parlament eine Annahme des neuen Handelsabkommens empfiehlt, wird am 16. Januar im Plenum darüber entschieden.

Wir haben uns am 21.09.2018 mit dem Auswärtigen Amt getroffen. Die Bundesregierung vertrat dabei die Position, dass das neue Abkommen nachweislich mit der EUGH-Rechtsprechung im Einklang stehen müsse. Den Nachweis hat nach ihren Angaben ein nicht veröffentlichtes Rechtsgutachten des Juristischen Dienstes der Kommission geleistet. Kuratoriumssprecher Prof. Manfred Hinz kritisierte diese Position als intransparent und legte

dar, warum das Abkommen aus seiner Sicht als Völkerrechtler eine Verletzung des Völkerrechts darstelle. Schweden habe ebenfalls öffentlich Zweifel an der Rechtskonformität geäußert.

Auf Basis dieser Kritik, formulierte er ausdrücklich die Erwartungen an eine proaktive, völkerrechtskonforme Politik der Regierung innerhalb der EU, auch als Unterstützung der Vermittlungsbemühungen Horst Köhlers zwischen der Polisario und Marokko bei den Vereinten Nationen.

Mit Unterstützung von medico international, Terre des Hommes Deutschland, Europäische Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte (ELDH/EJDM), Gesellschaft für bedrohte Völker, Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e.V. und der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.v. schrieben wir zwei Briefe an die Bundesregierung und forderten diese erneut auf, das Abkommen zu verhindern.



Foto: wsrw

Wie berichtet, schrieb Bürgerschaftspräsident und Schirmherr des Kuratoriums, Christian Weber, an alle deutschen EU-Abgeordneten. Die Abgeordneten der Linken und der Grünen lehnen das Abkommen ab. Sie fordern zunächst eine Aufklärung des Skandals um die Berichterstatteerin im federführenden Handelsausschuss, die liberale Patricia Lalonde, die als Funktionärin eines marokkanischen Lobbyvereins enttarnt wurde, bevor die Abkommen erneut zur Abstimmung vorgelegt werden. Western Sahara Ressource Watch fordert das Verfahren zur Erstellung eines neuen Berichts durch unabhängige Abgeordnete zu unterbrechen.

Entscheidend für die Abstimmung im Parlament scheinen die Stimmen der sozialdemokratischen S&D-Abgeordneten sowie der konservativen EPP-Vertreter*innen zu sein. Die Kuratoriumsmitglieder Barbara Simons, Margot Kessler und Norbert Neuser haben sich zusammen mit der SPÖ-Politikerin Karin Scheele in ihrer Eigenschaft als ehemalige Vorsitzende der Intergroup Westsahara im EP an alle deutschen und österreichischen Mitglieder der S&D-Gruppe des Parlaments gewandt. Kuratoriumsmitglied Frank Heinrich (CDU) setzte sich als Mitglied des Menschenrechtsrates des Europäischen Parlaments bei seinen Parteikolleg*innen ebenfalls für die Belange der Sahrauis in dieser Sache ein.

Zu einem weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit 2018 hat sich der Fischmehl-Import in Bremen entwickelt. Zur Erinnerung: am 19.07.2018 hatte der Frachter „Bente“ 3.000 Tonnen Fischmehl aus El Aaiun, der Hauptstadt der besetzten Westsahara, nach Bremen gebracht,

die am Hansakai gelöscht wurden. Die Polisario hatte einen Importstopp dieses Fischmehls in die EU verlangt.

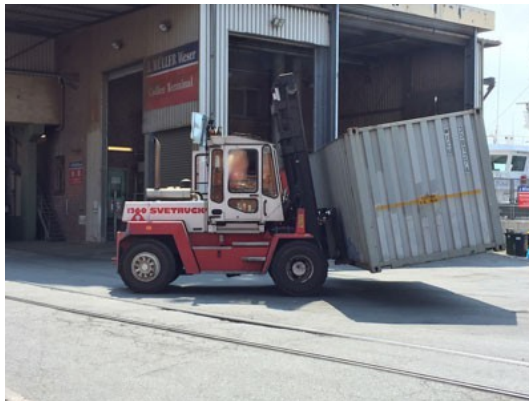


Foto: Freiheit für die Westsahara e.V., 21.07.2018

Wir haben mit unseren Anfragen an den Senat und unsere Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema bewirkt, dass sich auch Andere des Falles annahmen. Die SPD-Fraktion hat nach einer unbefriedigenden Antwort auf ihre mündliche Frage im August eine Kleine Anfrage an den Senat gestartet, die eine Aufklärung über Fischmehlimporte aus der Westsahara, die politische Bewertung und die Verzollung umfassen. Für die Beantwortung hat sich der Senat mehr Zeit erbeten. Im Januar wird nun die schriftliche Antwort erwartet.

Jurist*innen des ECCHR haben nach dem Informationsfreiheitsgesetz Auskünfte vom Zoll erbeten. Dieser wurde ihnen mit Verweis auf das Steuergeheimnis verweigert. Dem wurde informell widersprochen und die Datenschutzbeauftragte eingeschaltet.

Recherchen von WSRW ergaben, dass seit dem EuGH-Urteil vom 21.12.2016 vier Schiffe mit Fischmehl aus der Westsahara in Bremen gelöscht wurden.

Der Holzhafen in Bremen gilt mit dem Hansakai als *der* Einfuhrhafen der EU für Fischmehl aus Übersee. Der am 22.04.2016 modernisierte Hansakai der Firmengruppe J. Müller AG ist trimodular (Umladung auf Schiff, Bahn und LKW) und verfügt über die nötige Infrastruktur für die Hygienekontrollen nach EU-Standard.

Bei der Ladung der „Bente“ vom 19.07.2018 geht es nach unseren Berechnungen um einen Warenwert von ca. 4 Mio. Euro. Die umstrittenen Zollgebühren könnten sich demnach auf 500.000 € belaufen. Die Lieferungen des Fischmehls nach Bremen machen zudem einen großen Anteil an Exporten von Fischereiprodukten aus den besetzten Gebieten der Westsahara aus. Wir schätzen, dass der Anteil 2017 ca. 15% ausmachte.

Damit steht Bremen auf bisher unbekannte Weise negativ mit der Besetzung und Ausbeutung der Westsahara in Verbindung. Dieses Thema wird uns also auch 2019 intensiv beschäftigen. Wir hoffen auf Ihre/Eure Unterstützung!

Die nächste Mitgliederversammlung wird am Samstag, den 23. März 2019 um 11.00 Uhr im Ihnen /Euch bekannten biz Bremen, Bahnhofplatz 13 (Eingang beim Reisebüro schräg gegenüber dem Cinemaxx), stattfinden. Fischmehl aus der Westsahara steht dann sicher auf der Tagesordnung.

Westsahara aktuell – wichtige Meldungen

UN und Westsahara

Erste Gespräche zur Westsahara nach sechs Jahren

Anfang Dezember fanden in Genf unter Führung des UN Sonderbeauftragten für die Westsahara, Horst Köhler, die ersten Gespräche zwischen der Frente Polisario, Marokko, Algerien und Mauretanien statt, die sechs Jahre aus Eis gelegen haben.

In einem veröffentlichten Kommuniqué sprach sich Köhler dahingehend aus, dass diese mit großem Respekt unter den Teilnehmern stattgefunden habe. Für das erste Quartal 2019 ist ein weiteres Treffen vereinbart worden.

Anlässlich der Verhandlungen brachten die Tagesthemen am 05.12.2018 einen fünf minütigen [Beitrag über den Westsaharakonflikt](#) (Minute 15:58-21:35).

Artikel in der Jungen Welt vom 22.11.2018 von Gerrit Hoekman:

[Knoten in der Wüste - Bewegung im Westsahara-Konflikt: Anfang Dezember Treffen zwischen Marokko, Algerien, Mauretanien und Frente Polisario](#)

sowie vom 04.12.2018 von Ina Sembdner:

[Streit um Westsahara - Neuer Anlauf zu Selbstbestimmung: Frente Polisario trifft Marokko, Mauretanien und Algerien](#)

MINURSO-Mandat um 6 Monate verlängert

Bei den Vereinten Nationen ist das Mandat der MINURSO am 31.10.2018 um weitere sechs Monate – bis zum 30.04.2019 - verlängert worden, mit 9 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen (Bolivien, Äthiopien, Russ. Föderation). Die Letzteren gaben an, nicht umfassend informiert gewesen zu sein, um sich zu äußern. Fernerhin wurde besonders die Frente Polisario aufgefordert, sich strikt an die dem Sonderbeauftragten Köhler gemachten Verpflichtungen in Bezug auf Bir Lahlou, Tifariti sowie Guergerät (in den befreiten Gebieten) zu halten (keine Truppenbewegungen). Die Veröffentlichung der UN findet sich [hier](#).

Seit dem 01.01.2019 ist Deutschland nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat und wird im Monat April, wenn die Mandatsverlängerung der MINURSO erneut verhandelt wird, den Vorsitz des Gremiums innehaben. Auch Südafrika wurde mit Jahresbeginn 2019 nicht-ständiges Mitglied und erklärte, sein Mandat für die Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Sahrauis nutzen zu wollen.

Die Polisario erhofft sich eine Bewegung im Westsaharakonflikt durch Einfluss des Nationalen Sicherheitsberaters der USA, [John Bolton](#).

Europa und Westsahara

Flugabkommen Norwegen/Marokko bezieht Westsahara nicht mit ein

Die norwegische Außenministerin, Ine Marie Eriksen Søreide, hat am 21. Dezember 2018 vor dem dortigen Parlament klargestellt, dass das bilaterale Flugabkommen zwischen Norwegen und Marokko sich nicht auf das Territorium der Westsahara bezieht. Die Aussagen finden sich auf Englisch auf der Seite des [norwegischen Unterstützungskomitees für die Westsahara](#).

Neues Urteil des EuGH

Am 30. November 2018 entschied der EuGH in Luxemburg nunmehr zu vierten Mal, dass Marokko keine Souveränität über die Westsahara besitzt. In diesem Fall handelt es sich um ein neues Flugabkommen zwischen EU und Marokko. Der [Wortlaut](#) des Urteils liegt bisher nur auf Französisch vor.

Marokkanische Intervention bei Erzbischof in Frankreich

Das französische Außenministerium hat Claude Mangin wissen lassen, dass sich Marokko über ihre Deutschlandreise beschwert habe. Ein weiterer Grund, um sie weiterhin von ihrem Recht auszuschließen, ihren Mann Naama zu besuchen. (Marokko hat die UN Menschenrechtskonvention unterschrieben!). Marokko wirft ihr vor, auch in Deutschland zu ‚agitieren‘.

Des Weiteren hat die französische Menschenrechtsorganisation ACAT in der großen Kirche in Strasbourg den Film über Naama Asfari und seine Frau gezeigt. Anschließend sollte Claude Mangin-Asfari berichten, was lt. ihrer Angaben durch das Auftreten von durch das Konsulat Marokkos geschickten Störern unmöglich gemacht wurde. Außerdem habe der Botschafter den Erzbischof von Strasbourg angerufen und Claude Mangin falscher Aussagen bezichtigt. So musste auch ein weiteres geplantes Treffen auf Einladung von Nonnen in einer Abtei abgesagt werden.

Interview mit Claude Mangin in der Jungen Welt vom 27.10.2018 von Karl Rössel und Regina Dietzold:
[»Wer die Annexionspolitik kritisiert, gilt als Verräter«](#)

Gespräch mit Claude Mangin-Asfari. Über den Kampf um die Befreiung der Westsahara, Willkür der Justiz und ihren inhaftierten Mann Naâma

Interview mit Claude Mangin in der inamo vom 06.01.2019 von Jörg Tiedjen:

["Marokko ist zum Scheitern verurteilt" Gespräch mit Claude Mangin-Asfari](#)

Artikel in der Neuen Züricher Zeitung vom 27.11.2018 von Stefan Häberli:

[Schweizer Firmen in der Westsahara: Glencore zog sich zurück, ABB und Lafarge-Holcim bleiben](#)

Deutschland und Westsahara

Deutschland unterstützt und schätzt nach offiziellen Aussagen von Außenminister Maas ausdrücklich den UN-Prozess und die Arbeit des UN-Sondersandten Horst Köhler im Westsaharakonflikt.

In marokkanischen Medien wird Maas zitiert mit den Worten: „Die Aufrechterhaltung des Status quo in der Sahara kommt keiner der Parteien zugute“. Das ist wohl das Äußerste, was die Bundesregierung Marokko zumuten möchte, denn das Interesse an den Wirtschafts- und Sicherheits-politischen Beziehungen zu Marokko ist enorm.

Am 30.10.18 trafen in Berlin auf der Investorenkonferenz „G20 Investment Summit - German Business and the CwA Countries“ hochrangige Vertreter*innen der Compact with Africa-Staaten (darunter auch Marokkos) mit denen deutscher Unternehmen zusammen, um Infrastrukturprojekte in diesen Staaten auf den Weg zu bringen. Diese Konferenz fand unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Merkel statt, die einen Investitionsfond in Höhe von einer Milliarde Euro ankündigte.

Marokko betrachtet einen Teil der Westsahara als Bestandteil seines Staatsgebietes und verfügt völkerrechtswidrig über die natürlichen Ressourcen dieses Gebietes. WSRW wies in einer Pressemitteilung darauf hin, dass Handelspartner und Investoren Gefahr laufen, bei Infrastrukturprojekten mit Marokko in der Westsahara oder beim Handel mit Produkten aus der Westsahara ebenfalls das Völkerrecht zu verletzen.

Die Bundesregierung unterstütze nach eigenen Aussagen keine wirtschaftlichen Aktivitäten deutscher Unternehmen in der Westsahara und sichere Geschäfte nicht über Exportkredit- und Investitions Garantien ab, informierte WSRW. Alle involvierten Unternehmen wurden von der Organisation aufgefordert, ihre Infrastrukturprojekte in der Westsahara, die mit der marokkanischen Regierung in Verbindung stehen, zu beenden. Ausdrücklich wurde auf die Beteiligung von Siemens, einem der Sponsoren der Veranstaltung, am Aufbau von Windparks in der von Marokko besetzten Westsahara hingewiesen.

Vor dem Veranstaltungsort demonstrierte lautstark eine Gruppe sahraischer Frauen und Unterstützer*innen gegen die Ausbeutung der Ressourcen der besetzten Westsahara.



Bremen und Westsahara

Einladung an DARS Parlamentspräsidenten nach Bremen

Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft Christian Weber hat seinen Kollegen Jatri Adouh offiziell nach Bremen eingeladen. Der sahraische Parlamentspräsident wird am Jahrestag der Gründung der Demokratisch Arabischen Republik Sahara am 27. Februar einer Sitzung im Parlament beiwohnen können. An diesem Tag wird auch die sahraische Flagge vor der Bremischen Bürgerschaft gehisst.

„Bremen ist das Mekka des sahraischen Volkes“

sagte der sahraische Kooperationsminister Bulahi Mohamed Fadel während seines Besuchs in Bremen am 24.10.2018. Beim Gespräch mit dem Senatspräsidenten und Bürgermeister Dr. Carsten Sieling bedankte sich Fadel für die große moralische Unterstützung, die sein Volk durch die Entscheide der bremischen Bürgerschaft erfahre. Auch das Schreiben des Bürgerschaftspräsidenten Christian Weber an die Abgeordneten des Europaparlaments in Sachen Abkommen mit Marokko sei eine große Hilfe. Und er äußerte den Wunsch, dass noch mehr Landesparlamente ähnliche Unterstützungen geben mögen.



Kooperationsminister Fadel und Bürgermeister Sieling
vor der Büste von Mahatma Gandhi

Fernerhin wurde der Kooperationsminister von der Vize-Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft, Sülmez Dogan, wie auch Antje Grotheer, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, empfangen. Beide Gastgeberinnen unterstrichen die Verbundenheit der bremischen Abgeordneten mit dem sahrauischen Volk und seinem Anspruch auf Abhaltung des Referendums. Beide äußerten den Wunsch, eine verschobene Reise in die sahrauischen Flüchtlingslager, an der sich mehrere Abgeordnete beteiligten wollen, bald nachholen zu können.



Kooperationsminister Bulahi Mohamed Fadel mit
Antje Grotheer, Sülmez Dohan, Alien Kentaoui (F. Polisario Deutschland)

Daten und Fakten - aktuell

Neue Klagen in Frankreich

Die Plattform Info Ouest- France berichtet am 19. Okt., dass in Frankreich inzwischen sechs Klagen in Paris wegen Kolonialverbrechen eingereicht wurden. Nach der bretonischen Konservenfabrik Chancerelle, am 18.09., reichte der Anwalt der Frente Polisario nunmehr Klagen ein gegen die Banken BNP Paribas, Société Générale und Crédit Agricole sowie das Versicherungsunternehmen AXA und den Sportreiseanbieter UCPA.

Anwalt Gilles Devers habe diese Klagen bei einem Staatsanwalt eingereicht „*der sich bestens mit Vergehen und Verbrechen im Kolonialbereich auskennt*“. Die Mitteilung erfolgte anlässlich einer internationalen Konferenz bei Le Havre, bei der es um die natürlichen Ressourcen der Westsahara ging.

Nachdem keines der Unternehmen auf seinen Einschreibbrief mit Hinweisen auf die rechtliche Lage geäußert hätte, habe er die Klagen entsprechend formuliert. „*Sollte Paris innerhalb von drei Monaten nicht reagieren, werden wir Zivilklagen erheben*“, so Devers.

Bericht anderer Organisationen

EUCOCO in Madrid

die 43. internationale EUCOCO Westsahara-Konferenz stand in diesem Jahr unter dem Motto: NEIN zum Handels-und Fischereiabkommen zwischen EU und Marokko.

Die Abstimmung im EU-Parlament zum, wie die EU-Kommission meint, gesetzkonformen neuen Abkommen mit Marokko steht kurz bevor. Da aber in den besetzten Gebieten nur Organisationen und Personen befragt wurden, die explizit von Marokko ausgewählt wurden, steht der Kommission, sollte das Abkommen zu Abschluss kommen, vermutlich eine nächste Anklage in Luxemburg bevor.



Madrid: Solidaritätsdemonstration anlässlich der EUCOCO

An der Konferenz nahmen rund 350 Personen teil aus Europa, Nord- und Südamerika sowie Afrika. Die offiziellen Vertreter afrikanischer Länder (u.a. Algerien, Mozambique, Nigeria) haben ihre absolute Solidarität mit dem sahrauischen Volk bekräftigt und auf die große Konferenz in Johannesburg zur Westsahara, die im Frühjahr 2019 stattfinden soll, hingewiesen.

An der Demonstration am Sonnabend in Madrid, die vom Bahnhof Atocha bis zur Plaza del Sol führt, nahmen 6000 Menschen teil. Als Sprecher war auch der sahrauische Menschenrechtsaktivist Hassana Duihi aus den besetzten Gebieten angereist. Er rechnet bereits mit weiteren Schikanen durch die marokkanischen Behörden. Seine Frau Mina, die in Laâyoune lebt, wurde inzwischen von ihrer Arbeit suspendiert, weil auch sie sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt.



Neuerscheinungen

The New Yorker: [Is One of Africa's Oldest Conflicts Finally Nearing Its End?](#)

By [Nicolas Niarchos](#), December 29, 2018

Die belgische Solidaritätsgruppe „Comité belge de soutien au peuple Sahraoui“ hat im Mai 2018 eine 26seitige sehr gut gemachte Broschüre zum Westsahara-Konflikt auf Englisch herausgebracht. Sie schildert die Situation sehr anschaulich vom Anbeginn bis heute mit Fakten, Bildern und Karten und kann über unserem Verein bezogen werden zum Preis von € 4.00 + Porto.

